

Politik

Aktionsbündnis Patientensicherheit fordert Unterstützung

Freitag, 17. April 2015



dpa

Berlin – Die Sicherheit der Patienten ist seit 2013 ein nationales Gesundheitsziel. Dennoch gibt es in Deutschland Reserven beim Ausbau des Risikomanagements in den Krankenhäusern, den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen und der Verbesserung der Patientensicherheit sowie auch bei der Basisfinanzierung der Initiativen. Darauf wies heute das seit mittlerweile zehn Jahren bestehende [Aktionsbündnis Patientensicherheit](#) (APS) anlässlich seiner Jahrestagung am 16. und 17. April hin.

„Einiges haben wir schon erreicht“, sagte Hedwig François-Kettner, Vorsitzende des APS. „Patientensicherheit ist mittlerweile ein zentrales Qualitätsmerkmal der Versorgung in Krankenhäusern, Praxen und Pflegeeinrichtungen.“ Immer mehr Krankenhäuser, Praxen und Pflegeeinrichtungen setzten die Handlungsempfehlungen für eine sichere Versorgung der Patienten um. François-Kettner verwies dabei auf die 2008 gestartete und mittlerweile von der Weltgesundheitsorganisation ausgezeichnete Aktion [„Saubere Hände“](#). An ihr beteiligten sich heute 1.700 Einrichtungen.

Auch der vom APS finanzierte, deutschlandweit erste [Lehrstuhl für Patientensicherheit](#) an der Universität Bonn steuere mit seinen systematischen Erhebungen wertvolle Informationen zur Verbesserung der Situation bei. Ebenso sei man mit dem Patientenrechtegesetz, das auch auf Initiative des APS verabschiedet worden ist, einen Schritt weiter. Insgesamt sei es gelungen, das APS als anerkannte Einrichtung zu etablieren, sagte die Vorsitzende. Belege hierfür seien die Schirmherrschaft des Bundesministers für Gesundheit, Herrn Hermann Gröhe und der Beschluss der 87. Gesundheitsministerkonferenz (GMK), wonach allen Einrichtungen des Gesundheitswesens empfohlen wird, die Arbeit des APS zu unterstützen.

Sachlichkeit geht vor Skandalisierung

Weitere Aktivitäten müssten nach Ansicht des APS jedoch folgen: „Die vielen positiven Ansätze dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor zu viele Menschen unnötig leiden oder sogar sterben müssen“, betont François-Kettner. Zudem erlebten auch die Verursacher von Fehlern sowie die daran beteiligten Angehörigen emotionales Leid, das es zu reduzieren gelte. Mit seinen Ansätzen arbeitet das APS lösungsorientiert: „Statt Einzelne für

Fehler zu verurteilen, zeigen wir systembedingte Ursachen auf. Sachlichkeit geht bei uns vor Skandalisierung“, betont die Vorsitzende.

Verlässliche Basisfinanzierung ist notwendig

Vor allem fordert das APS als gemeinnütziger Zusammenschluss von Ärzten, medizinischen Gesellschaften, Kliniken und Krankenkassen aber eine verlässliche Basisfinanzierung. „Wir müssen erkennen, dass ein gemeinnütziger Verein Grenzen hat“, sagte François-Kettner. Der Geschäftsführer des APS, Hardy Müller, bedauerte, dass die Bundesregierung dem Vorstoß des Bundesrates nicht folgen wolle. Dieser hatte Anfang Februar gefordert, dass die gesetzlichen Krankenkassen Einrichtungen zur Verbesserung der Patientensicherheit künftig mit insgesamt bis zu 500 000 Euro jährlich fördern sollen.

„Dies ist sicher nicht viel, aber es wäre ein erster Schritt gewesen“, sagte Müller. Die von den Ländern vorgeschlagene Summe hätte eine Verdoppelung der Mittel dargestellt, die heute dem APS zur Verfügung stehe. Allein mit befristeten Verträgen oder temporären Förderzusagen ließen sich notwendige Strukturen nicht nachhaltig und ausreichend sicher finanzieren. „Eine öffentliche Basisfinanzierung für Grundanliegen der Patientensicherheit ist dringend notwendig“, betonte er.

© *ER/aerzteblatt.de*